



Erklärung zur Verabschiedung des Haushalts der Stadt Ansbach 2016

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

obwohl die Rezat nicht schiffbar ist, lohnt sich die Betrachtung des Haushalts der Stadt 2016 durchaus aus Seemannssicht. Denn die CSU, die zu Beginn dieser Legislatur als selbsternannter „Anker der Stabilität“ antrat, musste binnen Jahresfrist finanzpolitisch die Segel streichen. Lotse wollte man in der Wortwahl sein, Leichtmatrose ist man nun in der Tat. Sieben Jahre hintereinander hat die CSU den Haushalt mit einer Begründung abgelehnt: Entnahme aus der Rücklage oder Nettoneuverschuldung werde man niemals mittragen. Und nun das.

Doch nicht nur die CSU als größte Fraktion der Schuldenkoalition flattert wie das Fähnchen im Wind. Der neue alte konservative Juniorpartner fährt unter falscher Flagge: Nach der Blamage bei den Haushaltsberatungen 2014 geht es der SPD nicht mehr um politische Positionen. Ziel ihres Handelns ist, zur Mehrheit zu gehören. Was inhaltlich dabei rauskommt interessiert die Fraktionsführung schon lange nicht mehr. Ein Beispiel: Im Februar 2015 erklärte die SPD, man brauche den Rezatparkplatz nicht mehr, er müsse aufgelöst werden. Nur sieben Monate später stellt sie 650.000 Euro für die Luxussanierung eben dieses Parkplatzes zur Verfügung.

Man schröpft die Bürger beim ÖPNV und streicht solange Busse bis keiner mehr fährt, immer das böse, böse Defizit im Blick, obwohl die ABuV auf einem Berg von über sechs Millionen Euro Reserven sitzt. Für Parkplätze hingegen plündern die Sozialdemokraten die letzten Rücklagen der Stadt. Die SPD will die Autofahrerpartei Steuerbord überholen. Und nicht zuletzt in der eigenen Partei macht der Ausspruch die Runde: Rechts von der Ansbacher Fraktionsführung ist die Wand. Oder, um beim Storyboard zu bleiben: Das Riff.

Aber diese kleine Koalition der großen Schulden hat ja bekanntlich allein keine Mehrheit. Also muss ein Beiboot her. Und da sind die Nebelfischer von den Freien Wählern ein willfähriger Mehrheitsbeschaffer. Preis: 200.000 Euro pauschal für die Innenstadt. Was mit dem Geld passieren soll, konnten auch auf mehrfache Nachfrage hin die Antragsteller nicht beantworten. Wenn das Wahrheit und Klarheit im Haushalt sein soll, dann beschließen wir im nächsten Jahr doch einfach 120 Millionen Euro Gesamtvolumen unter dem Haushaltsposten „Ansbach“ und lassen uns danach Kiel holen.

Das Projekt „Schiffbruch“ von CSU, FW und SPD werden wir nicht mittragen, und das aus guten Gründen:

Die Offene Linke mahnt bereits seit Jahren an, dass es im Haushalt nicht nur um die Frage

„Schulden oder sparen“ geht, sondern das Zahlenwerk eine dritte Dimension kennt, nämlich die Einnahmen der öffentlichen Hand. Diese bedürfen schon mit Blick auf den Investitionsstau bei der Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur sowie auf die eingegangenen Verpflichtungen beim Klinikum einer strukturellen Stärkung.

Dabei geht es nicht um ideologische Spiegelfechtereien, die Teile der CSU mit deren Forderung nach Abschaffung der Gewerbesteuer betreibt, sondern um die Sicherung der Leistungsfähigkeit unserer Stadt unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Und wenn der Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft, wonach starke Schultern mehr tragen sollen als schwache, gilt, dann bleibt den Kommunen nur der Hebel einer Gewerbesteueranpassung, solange eine gerechte Vermögensbesteuerung von der CSU in Land und Bund blockiert wird.

Auch wenn die derzeitige Niedrigzinsphase zur Fremdkapitalaufnahme verleiten mag, so sollte auch kommunale Haushaltspolitik Grundlagen einer antizyklischen Finanzwirtschaft beachten. Das hieße konkret: In den derzeit wirtschaftlich guten Zeiten die Einnahmen zu stärken, um bei der nächsten Konjunkturertrübung mit öffentlichen Investitionen gegensteuern zu können. Die Einsicht ist noch nicht bei allen gereift, doch lässt die Tatsache, dass die Zustimmung zu unserem Vorschlag der Einnahmenstärkung in den vergangenen Jahren in diesem Haus deutlich gestiegen ist, die Hoffnung reifen, dass in Ansbach doch noch fiskalpolitische Vernunft Einzug halten wird.

Die Offene Linke hat den Investitionsschwerpunkt ihrer Haushaltsanträge klar auf den sozialen Wohnungsbau gelegt. Es ist gut, dass wir in Eyb einen kleinen Wiedereinstieg in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum umsetzen. Allerdings ist der Ansatz angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, bei weitem nicht ausreichend. Mutiger Mitteleinsatz für den sozialen Wohnbau ist das Gebot der Stunde. Dafür bietet das Messegelände in den kommenden Jahren viele Möglichkeiten. Daher war es wichtig, zumindest die von der Offenen Linken beantragten Planungskosten einzustellen. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Mietpreisbremse in Mittelstädten wie Ansbach nicht greift und bezahlbarer Wohnraum in unserer Stadt immer knapper wird. Kommunaler Wohnungsbau kommt der öffentlichen Hand zudem langfristig preiswerter als die Anmietung von privat oder das Aufstellen von Containern. Das gilt für die Verpflichtungen aus dem Sozialgesetzbuch ebenso wie aus dem Asylbewerberleistungsgesetz. Lassen Sie uns diese Stadtentwicklungschancen gemeinsam anpacken, auch wenn sich die Investitionssumme erst nach der nächsten Wahl amortisiert.

Bei der weiteren Siedlungsentwicklung sind in unseren Augen zentrumsnahe Bauplätze und innerstädtische Nachverdichtung zu priorisieren. Die weitere Zersiedlung Ansbachs durch Baugebiete an der Peripherie tragen wir nicht mit.

Das ist ebenso Strukturpolitik der 70er Jahre wie wir sie im Bereich der Mobilität derzeit in erschreckender Art und Weise erleben. Preisexplosionen wechseln sich im ÖPNV mit Angebotskürzungen ab. Gleichzeitig werden Parkgebühren in Teilen der Innenstadt abgeschafft und Parkplätze luxussaniert. Dieses Ansbacher Paradox dürfte wohl bundesweit einmalig sein.

Dass die CSU der Autolobby und die Freien Wähler einem teils falsch verstandenen City-Marketing das Wort reden, verwundert wenig. Die Verve, mit der jedoch ausgerechnet die SPD den Busverkehr demontiert und neuerdings sogar den Parkplatzfetischisten zu Füßen liegt, zeigt eines: Wenn die Sozialdemokratie umkippt, dann aber richtig. Die Fraktionsführung glaubt offenbar, den Ballast von Überzeugungen ganz schnell über Bord werfen zu müssen, damit die Mehrheitsoption bloß nicht baden geht. Ob es klug war, dafür die Ladung der Wahlversprechen so früh zu löschen, will ich nicht beurteilen, denn die

Antwort kennen so einige derjenigen, die derzeit noch brav ihr Händchen gegen die eigene Überzeugung heben.

Respekt allen Stadträtinnen und -räten, die bei Abstimmungen den Mut haben, für ihr Gewissen auch gegen ihre eigene Fraktion zu stimmen. Ansbach braucht mehr von Ihnen.

Aber zurück zum ÖPNV: Die Politik von CSU, FW und SPD muss sich für einen Fahrgastzahlenrückgang von 26 Prozent binnen drei Jahren verantworten. Sie haben jeden vierten Ansbacher Busnutzer vergrault. Sie sind sich den fatalen Auswirkungen auf eine soziale Stadt und nachhaltige Mobilität wohl zum Teil bewusst. Ihre Fraktionsführungen drohen derweil mit der Defizit-Keule.

Und an dieser Stelle müssen wir über grundsätzliches Reden: Wenn die Stadtwerke noch in Händen der Ansbacher Bürger wären, würde das ABuV-Defizit komplett durch die Gewinne der Werke gedeckt und wir müssten der AVVH nichts aus dem Stadtsäckel zuschießen. Diese Tatsache weist niemand von der Hand, sofern er des Rechnens mächtig ist.

Was ist die Konsequenz? Die Konservative Kürzungs-Koalition sagt: Kosten senken und vergisst dabei den Einnahme Ausfall gegenzurechnen. Sie spielt mit so wohl klingenden Worten wie Optimierung um die Auslastung zu erhöhen. Und zwar durch die unsoziale Gleichung weniger Fahrgäste geteilt durch noch weniger Busse ist gleich mehr Auslastung.

Diese mathematisch korrekte Gleichung zeugt von einem grundfalschen Politikansatz. Diese Abwärts-Spirale soll sich immer weiter ins Bodenlose schrauben, bestärkt durch einen Thüga-Mann an der Spitze der Ansbacher Werke, der Transparenz und demokratische Kontrolle mit Pest und Cholera übersetzt. Die Negativentwicklung damit schönzurechnen, indem eine Busfahrt als zwei Fahrten gezählt werden, setzt dem Gebaren die Krone auf.

Die Bürgerinnen und Bürger haben Ihre Wortumdeutungen durchschaut. So wie das Wort Reform seit Rot-Grün im Bund jeden Rentner und jeden Arbeitslosen zusammenzucken lässt, so schütteln sich die Ansbacherinnen und Ansbacher inzwischen, wenn sie das Wort Optimierung hören.

Die Bevölkerung nimmt die Geisterfahrt der Optimierungs-Optimierer jedoch nicht mehr hin. Der Bürgerentscheid ist daher eine Abstimmung nicht nur über das PB-Consult-Konzept. Es ist ein Entscheid über die Geheimratspolitik nach Gutsherrenart der konservativen Kürzungs-Koalition, die die Daseinsvorsorge der Menschen aushöhlen und sich dabei in Hinterzimmern einen ruhigen Lenz machen will.

Für die Offene Linke ist der Entscheid zudem der Auftakt für die Behebung des Defizits durch langfristig angelegte Politik, nämlich durch die Rückgewinnung der Stadtwerke in die Hände der Ansbacher Bürger. Wir wollen, dass die Strom-, Gas- und Wassergebühren in unserer Stadt bleiben und nicht nach München in die Managementetagen der Thüga AG fließen. Ja, diese Investition amortisiert sich auch nicht bis zur nächsten Wahl, aber verlässliche und konsequente Politik muss weiter denken.

Die Privatisierungsparteien haben aus ihren Fehlern immer noch nichts gelernt. Die sich jährlich weiter anhäufenden Berge an Millionenverlusten durch die Verscherbelung der Stadtwerke und das PPP-Fiasko am Klinikum sind nicht genug. Nun soll auch noch der städtische Bauhof dran glauben.

Das zeigt auch die inkonsequente Argumentation der Majorität und der wider eigenen Willen Majorisierten aus CSU, FW und SPD: Während für die Luxussanierung von Parkplätzen selbstverständlich Schulden gemacht werden darf -es ist ja schließlich Niedrigzinsphase- zieht man eine kreditfinanzierte Sanierung beim Bauhof nicht einmal in

Betracht. Nein: Eher will man der Beratungsindustrie Steuergelder in den Rachen werfen, um in das nächste PPP-„Waterloo“, wie der Stadtkämmerer in weiser Voraussicht ausdrückt, zu schlittern.

Der im November veröffentlichte Sozialbericht Bayern belegt: immer mehr Menschen sind im reichen Freistaat von Armut gefährdet. Die Gesellschaft droht immer weiter auseinander zu driften. Diese Entwicklung macht vor Ansbach nicht Halt, im Gegenteil: In der Landeshauptstadt der Leiharbeit wachsen derzeit rund 800 Kinder unterhalb der Armutsgrenze auf – das sind über 20 Prozent der Unter-15-jährigen. Gleichzeitig wächst auch die Altersarmut. Wir sind in der Pflicht, hier gegenzusteuern. Daher laden wir Sie ein, im März im Sozialausschuss und dann im Stadtrat ein echtes Teilhabepaket für Ansbach bei Kultur, Sport und Bildung aufzulegen.

Teuer, aber in dem Fall auch lieb ist uns die Kultur in unserer Stadt. Gemeinsam haben wir eine stärkere Unterstützung kleinerer Kulturvereine beschlossen. Die Schieflage im Vergleich zur Theatermillion ist immer noch erdrückend. Doch 2016 wird es zum Schwur kommen. Wir sind gespannt, ob dieser Rat mithilft, das Speckdrumm zu retten und so künftig Alternativ- und Jugendkultur in der Stadt von Rokoko und Bach weiter ermöglichen. Die 10.000 Euro im Haushalt reichen hierfür nicht, dafür kann die kleine große Koalition vielleicht ein Zimmerchen für ihre Strickabende anmieten, mehr wohl kaum.

Aber bevor ich den Strickfaden oder besser gesagt das Seemannsgarn verliere, noch ein Wort zu der Kapitänin des Schiffes: Die Einsicht, dass Oberbürgermeisterin nicht in erster Linie ein Verwaltungsjob ist, sondern ein politisches Mandat mit Gewicht, kommt spät, aber sie kommt zumindest beim ÖPNV. Sie muss aber noch weiter reifen. Die Aussage in der Bürgerversammlung, dass Sie nicht an Kundgebungen und Demos wie dem Ostermarsch teilnahmen weil diese politisch seien, dürfte unter Stadtoberhäuptern wohl eher Seltenheitscharakter haben.

trotz aller Zwistigkeiten an Bord dieses altehrwürdigen Kahns, der manchmal einem Narrenschiff gleichen mag, bleibt abschließend festzustellen, dass wir die Fähigkeit nicht verloren haben, in unruhiger See an einem Strang zu ziehen. Und damit meine ich den Umgang mit den Menschen, die vor Krieg und Elend zu uns flüchten.

Das ist in einer Stadt, die eine Fluchtursache in Form der Kriegsbasen auch noch vor der Haustüre hat, besonders wichtig. Das herausragende Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger, das künftig einer viel stärkeren Unterstützung bedarf, kann in diesem Zusammenhang nicht oft genug hervorgehoben werden. Die Solidarität der Menschen macht uns stolz auf die Ansbacher Zivilgesellschaft. Ihnen gilt unser besonderer Dank ebenso wie der Arbeit der Damen und Herren der Stadtverwaltung, allen voran am heutigen Tag Herrn Schwarzbeck und dem Team der Kämmerei.

Lassen Sie uns im politischen Handeln das Bürgerengagement zum Beispiel nehmen, Veränderung als Chance zu begreifen und diese mit Mut und Augenmaß zu gestalten. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen friedvolle Tage zum Jahresende.

Ansbach, 07.12.2015

gez. Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender